



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

43 (27.1.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189680](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189680)

igen und damit das gesamte wirtschaftliche Leben und die Ernährung Deutschlands und seiner familiären Bewohner schwer bedingt wird; der Versuch der Verständigung und Schöpfung eines Friedens durch den früheren demokratischen Minister Dr. Brücker im Februar 1919 aus der berechtigten Furcht, bei den Wahlen zur Reichstags-Wahlversammlung Wählerstimmen zu verlieren, abgelehnt wurde, während sich jetzt der damalige Entwürfsminister gegen ihn als eitel Heuchler erwies, insofern vor 14 Tagen die Demokraten in der Landesversammlung reichlich dem damaligen Reichspräsidenten Preußens von der Wilsdröder-Kommunen; die Zustimmung zur Einsetzung des sogenannten „Lustig-Schaffhausen-Schaffhausen“, der uns vor dem neutralen Ausland nur blamieren kann, und aber in den Augen unserer Feinde vorzüglich erscheint: die stillschweigende Duldung der Tatsache, daß der Reichspräsident — also ein Mitglied eines Deutschlands feindlichen Volkstammes — mit der Einsetzung des Reichspräsidenten über die Vorgeschichte des Krieges betraut wurde, das dann gegen Geld an englische Zeitungen veräußert wurde, so daß es in England oder in der Presse erschien, als in Deutschland; der Wiedereintritt in die Regierung, von der selbst der demokratische Abgeordnete Gothein erklärte, es wäre unter der Würde eines Demokraten, an einer Regierung teilzunehmen, in der Herr Erbsberger sitzt, die enge Verbindung mit unserer Regierung, die keine Energie besitzt, sondern die sich in allen ihren Maßnahmen nur von der Angst vor den Sozialisten leiten läßt; die vielfach herbeigeklebte Verzerrung des Gegenstandes zur Sozialdemokratie durch hervorragende Mitglieder der demokratischen Partei, die nicht abgelehnt wurden, u. a. m.

Trotz aller Verdrängungen auf eine Herabsetzung der Verhältnisse in der demokratischen Partei ist es nicht besser, sondern schlechter geworden. Das hat mich veranlaßt, ihr den Rücken zu kehren und mich der Deutschen Volkspartei anzuschließen, die durchaus auf liberalem Boden steht, aber den heute für jeden Deutschen unabweisbaren nationalen Anforderungen gerecht wird. Von der Durchführung ihres Programms, das in politischer und sozialer Beziehung zeitgemäß und weitherzig, in kultureller Beziehung für fortgeschritten und demokratisch ausgebaute ist, in wirtschaftlicher Hinsicht den Wiederaufbau Deutschlands sicher, erhoffe ich das Beste für unser armes und geknechtetes Vaterland. Aber mit mir der gleichen Meinung ist, der folgt mir und hoffentlich seinen Anführer an die Deutsche Volkspartei.

Das Querfurter Kreisblatt bringt folgende Mitteilung aus Sangerhausen: Der leitende Führer der demokratischen Partei im Kreise Sangerhausen, Redakteur Feil, ist aus der demokratischen Partei aus- und in die Deutsche Volkspartei eingetreten.

Der badische Handelstag zur Frage des deutschen Einheitsrates.

Auf der Präsidialkonferenz des Badischen Handelstages, die vor kurzem in Baden-Baden stattfand, hat der Berichterstatter, Geheimrat Engelhard, folgende Vorschläge aufgestellt, die die Zustimmung der badischen Handelskammern fanden:

1. Die badischen Handelskammern und die durch sie vertretenen Kreise der Bevölkerung wollen auch weiterhin treu zum Deutschen Reich stehen und es ihm festhalten. Jede Abspaltung würde sie als ein nationales Unglück empfinden. Sie vertrauen, daß das Reich ihren berechtigten Interessen auch ferner Schutz und Schirm verleihe.
2. Wegen eine gänzliche Umstellung der deutschen Wirtschaft und Verhältnisse liegen bei Handel und Industrie Bedenken nicht vor. Die Wirtschaftspolitik und der Schutz der Wirtschaftsinteressen im Ausland waren schon bisher Sache des Reiches. Die Übernahme der Eisenbahnen sowie des Ausbaus und der Verwaltung der Wasserstraßen — den Ausbau der Wasserstraßen eingeschlossen — auf das Reich ist zu begrüßen und entspricht, was die Vereinheitlichung der Eisenbahnen anbelangt, einer seit langen Jahren vertretenen Forderung des badischen Handelstages. Es muß aber verlangt werden, daß beim Ausbau der Wasserstraßen und der Verwertung der Wasserkräfte, den Ländern, in denen sie liegen, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Die Länder, die reichlich von Meeren und von der Kohle liegen, müssen durch ihre Wasserstraßen und Wasserkräfte einen hinreichenden Ausgleich finden gegen die Nachteile ihrer geographischen Lage.
3. Die Übernahme des Finanz- und Eisenwesens auf das Reich erscheint im Hinblick auf die erdrückende Last der dem deutschen Volk im Friedensvertrag auferlegten finanziellen Verpflichtungen geboten. Es wird aber zu einem großen Teil von der Klugen und da, wo es nötig ist, schonender Durchführung der Reichsfinanzverpflichtungen abhängen, ob das deutsche Wirtschaftliche nicht einträglich erhalten werden können und ob und inwieweit es möglich sein wird, die finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen.
4. Den Ländern ist ein möglichst weitgehendes Maß von Selbstverwaltung und Mitbestimmung auf allen Gebieten und besonders auch in Personalangelegenheiten zu gewährleisten. Es darf auch keine Konzentration oder Zentralisierung in der Reichshauptstadt stattfinden. Vielmehr muß eine gleichmäßige Verteilung dieser Stellen über das ganze Reich verlangt werden.
5. An der Beschaffung der für die vom Reich geteilten Verwaltungsaufgaben, wirtschaftlichen u. Verkehrsbehörden sowie öffentlichen Arbeiten erforderlichen Materialien und Fabrikate sind alle Landesstellen nach einheitlichen, gerechten Grundätzen gleichmäßig zu betreiben.
6. Nur auf diese Weise scheint es uns möglich zu sein, daß der weitere Durchführung der Vereinheitlichungsbestimmungen im Reich das bei anderen Ländern mit zentralistischem Verwaltungssystem in der Wirtschaft getriebene Absterben der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Landesteile (außerhalb der Hauptstädte) und damit eine Verminde rung der Luft, dem Reich angeht, vermieden wird.

Baden.

Eine Erklärung der Eisenbahnorganisationen zum Landtagsbeschluss.

X Karlsruhe, 25. Jan. In dem Beschlusse des Landtags über die Auszahlung eines Vorzuschusses an die Beamten und Staatsarbeiter haben der Verein der deutschen Verkehrsbeamten, der badische Eisenbahnverband und der Arbeiterverband ausdrucklich eine Erklärung abgegeben, in der sie die dortige Stellung nehmen, daß ihre Forderung auf Auszahlung eines Vorzuschusses ohne jede Befragung vom Haushaltsausschuß nicht berücksichtigt werden ist. In der Entschiedenheit heißt es ferner: Die Organisations haben nicht nur auf die einzelnen Folgen, die aus der Rückzahlung ihrer Forderungen entstehen können, hingewiesen und die Verantwortung hierfür abgelehnt. Der Haushaltsausschuß hielt jedoch unter Berücksichtigung der Eisenbahnorganisationen an der Forderung fest unter Zustimmung des Plenums, mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, die sich, wie nicht anders zu erwarten war, der Entscheidung entzogen. Der Berichterstatter, Herr Abg. Warum, hat es außerdem für notwendig erachtet, die Führer der Eisenbahnen als Geführte der Masse, die zu behaupten wären, zu charakterisieren, anhand die Tätigkeit der Organisationen und deren Führer, denen die bisherige Ruhe unter dem badischen Eisenbahnpersonal zu verdanken ist, anzuerkennen. Wenn eine derartige durchaus unangehörte, schwere Beleidigung des gesamten badischen Eisenbahnpersonals lesen die drei Organisationen schärfste Verwahrung ein und weisen dieselbe mit aller Entschiedenheit zurück. Der Berichterstatter, wenn er es nicht auf eine abschließende Herousforderung der Eisenbahner abgeben hätte, dürfte gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er zu erzielen beabsichtigte.

Die Vertreter der badischen Industrie und des Handwerks in Berlin.
X Karlsruhe, 25. Jan. In der vergangenen Woche fand im Reichswirtschaftsministerium in Berlin unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt in Anwesenheit des Ministers des Innern Kummel und der Mitglieder der badischen wirtschaftlichen Vertretung eine Aussprache mit Vertretern der badischen Industrie und des badischen Handwerks statt, in welcher vor allem die

Kohlen- und Eisenversorgung und die Fragen der Ein- und Ausfuhr erörtert wurden. Der erste Vorsitzende des Verbandes Selbstständiger Industrieller Konmerzhanl Stroh-Heiderbein betonte, daß die Wünsche der Industrie in der Frage der Kohlenversorgung in erster Linie nach der Festlegung eines bestimmten Rationsplans für die einzelnen Länder gehen, damit endlich eine gewisse Stetigkeit und Sicherheit in die Kohlenversorgung gebracht wird. Minister Kummel betonte die unbedingte Notwendigkeit, in diesem Frühjahr die Kohlenversorgung am Oberrhein in die Wege zu leiten. Der amtliche Bericht über die Behandlung dieser Frage bemerkt, daß eine Aussicht auf Besserung in der Kohlenversorgung schon in nächster Zeit nicht eröffnet werden könnte, wohl aber sagte der Reichswirtschaftsminister zur Frage der Bevorratung im Frühjahr, daß alles angeht, was überhaupt möglich sei, um die als berechtigt anerkannten badischen Wünsche zu befriedigen.

Zur Frage der Versorgung mit Eisen und Stahl teilte ein Regierungsvortrag mit, daß in Aussicht genommen ist, eine Reichsamtshandelsstelle für Eisen zu errichten, die den dringenden Anforderungen hierfür entsprechen soll. Zur Ein- und Ausfuhrfrage erklärte sich der Reichsamtshandelsstelle bezüglich der Erleichterung von Außenhandelsverträgen in Baden etwa bestehende Wünsche zu prüfen. Von den anwesenden Vertretern der Textilindustrie wurde sehr nachdrücklich gegen die von der Reichsamtshandelsstelle verlangte Befreiung in der Einfuhr von Rohstoffen Widerspruch erhoben. Schließlich wurde noch von einem Vertreter der badischen Brauereindustrie dringend gebeten, sowohl hinsichtlich der Befreiung mit Werften als mit Kohlen der badischen Brauereindustrie mehr entgegenzukommen als bisher. Der Reichswirtschaftsminister konnte aber bestimmte Hoffnungen für die nächste Zeit nicht machen. Die einzelnen Punkte wurden jeweils eingehend von den erschienenen badischen Vertretern debattiert.

Der Professor der Botanik an der Universität Heidelberg, Dr. Rudol. Koch, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Seit 1882 wirkt er an der Heidelberger Universität; zahlreiche wissenschaftliche Werke sind aus seiner Feder hervorgegangen.

Tagung des Verbandes der Badischen Biers- und Brauereibesitzer.
X Karlsruhe, 26. Jan. Unter dem Vorsitz des Verwaltungsratsvorsitzers Schiller hielt gestern der Badische Biers- und Brauereiverband in der Aula der Realanstalt Regler seinen Verbandstag ab. Als Tagung des Verbandes, der über 300 Mitglieder umfaßt, war von allen 10 Bezirksvereinen, die ihre Sitz in Karlsruhe, Pforzheim, Kraichheim, Heidelberg, Rastatt, Baden-Baden, Offenburg, Freiburg, Donaueschingen und Konstanz haben, besandt. Den Jahresbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Schiller. Die Jahresberichte für die Gruppenleiter der Biers- und Brauereibesitzer im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern erstattete Herr Köhn, im Geschäftsbereich des Finanzministeriums Herr Benz, im Justizministerium Herr Dör, im Kultusministerium Herr Huber. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Herr Huberberger behielt über den Reichsbesoldungsstarif. Weiter beschloß man sich mit Beamtenfragen. Hier wurde die Erleichterung eines Beamtenbüros verlangt, wie es bereits bei der Eisenbahnverwaltung besteht und beim Finanzministerium zur Entgegnung der Wünsche und Beschwerden. Ferner wurde die Durchführung der Bestimmungen des § 11 der badischen Verfassung gefordert, monach alle öffentlichen Ämter für alle dazu befähigten gleich zugänglich sein sollten.

Vollsernährung.

Sozialtariffbedingung 1920.

Trotz der großen Beschäftigung der Landwirtschaftsminister und der Landwirtschaftlichen Verbände, wie Bad. Landw. Verein, Landw. Genossenschaftsverband bad. Landw. Vereinigungen, Karlsruher, Bad. Bauernvereinsverband, war es im vergangenen Herbst nur durch Mühen, Sozialtariffen aus Norddeutschland herbeizuschaffen, so einseitig infolge des geringen Arbeiterangebots bei den nachrückenden Öktern und durch die mangelfolgende Biotagehaltung der Wirtschaftswelt ein ungenügendes Arbeitslohn nicht möglich war. Das kam noch, daß die Reichs-Verordnungen über die Beschaffung von Sozialtariffen im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln von Ende Oktober bis Schluss des Jahres fast völlig fehlte, jedoch als überhaupt nicht möglich war, in den zur Bekämpfung dieser gefährlichen Notstand Oktober und November Sozialtariffe nach Baden zu beschaffen. Es wurden von vorgenannten Körperlichkeiten im ganzen rund 200 Wagen Sozialtariffe mit rund 70000 Zentnern Sozialtariffen beschafft, was bei dem unendlich großen Bedarf der badischen Bevölkerung an Sozialtariffen wie ein Tropfen auf einem heißen Eisen war. Die badische Landwirtschaft ist auf den Bezug von Sozialtariffen aus Norddeutschland angewiesen. Mit der Beschaffung des nötigen Sozialtariffen und mit der badische Sozialtariffen (zum Teil) sind gerade für den badischen Sozialtariffen sehr wertvolle Sozialtariffen in den Besitz gekommen, doch die Beschaffung von Sozialtariffen aus anderen Provinzen gebot werden muß. Wir werden im kommenden Frühjahr unsere Sozialtariffe zum größten Teil aus den Provinzen Pommern, Danenbur, Westenburg, auch zum Teil aus Ost- und Westpreußen beziehen. In dem hohen Einkaufspreis der unerwarteten Sozialtariffen kommt noch die unendlich hohe Prämie, jedoch eine nicht unerhebliche Versteuerung des Sozialtariffen zu berücksichtigen. Dieser teure Preis aber würde die Landwirtschaft nicht erlauben, sich Sozialtariffe aus Norddeutschland zu verschaffen, wenn sie nur die Garantie und Gewissheit hätte, daß sie genügend Sozialtariffe bekommen könnte. Bei dieser Erwägung ausgehend, hat die Bad. Landwirtschaftsminister am 26. im Reichswirtschaftsministerium in Berlin und beim Reichsamtshandelsstelle in Berlin eine Eingabe eingereicht, worin sie dringend um die Unterstützung der Reichsregierung bei der Beschaffung der nötigen Sozialtariffe für Baden bittet. Wir haben in Baden einen Bedarf von rund 2000 Wagen — 200000 Zentnern Sozialtariffen, der auch von den vorgenannten Verbänden bereits festgestellt ist, jedoch wird diesen von den einzelnen Kommunalverbänden und Landratsämtern in Norddeutschland vielfach Schwierigkeiten bei der Ausrückung der Sozialtariffe in den Weg gelegt. Aus diesem hat die Landwirtschaftsminister in ihrer Eingabe gebeten, daß die bittigen Verordnungen von der Reichsregierung erlassen werden müßten. Wenn es mit Unterstützung der Reichsregierung gelingt, erhebliche Mengen Sozialtariffe nach Baden zu beschaffen, wird es uns auch gelingen, eine gut Sozialtariffe zu ermöglichen, denn schon allein der Bedarf mit dem Sozialtariff bedingt eine Ertragssteigerung von mindestens 30—40 Prozent.

Als weiterer produktionsförderndes Moment wäre noch die Bekämpfung von ausländischen Wirtshelpten von Seiten der Reichsregierung in Betracht, was hoffen wir, daß auch hier die Reichsregierung die Möglichkeit zu wird.

Letzte Meldungen.

- Ämter gegen die Auslieferung des Kaisers.**
Paris, 27. Jan. (WB.) Nach einer Privatmeldung des „Journal“ aus London meldet der Korrespondent der „Daily Chronicle“ aus Washington, in diplomatischen Kreisen Washington spreche man die Meinung aus, die Entscheidung der Niederlande gegenüber dem Auslieferungsverlangen sei den Alliierten willkommen. Die amerikanische Friedensdelegation habe zwar aus Solidaritätsgefühl der Verfolgung Kaiser Wilhelm zugestimmt, aber gleich erklärt, daß sie den Grundsatz nicht billige.
- Westungen wünscht den Anschluss an Oesterreich.**
Wien, 26. Jan. (WB.) Der Staatskanzler Dr. Renner erhielt von Vertretern der westungarischen Gemeinden zahlreiche Telegramme, in denen über unbegründete Requisitionen und Verhaftungen geklagt und die schnellste Durchführung des Anschlusses an Oesterreich verlangt wird.
- Beendigung der Konferenz von Helsingfors.**
London, 26. Jan. (WB.) (Eig. Drahtber. Ind.) Zur Beendigung der Konferenz von Helsingfors erklärt die „Chicago Tribune“, daß die Konferenz einen teilweisen Erfolg erzielte. Es sei wenigstens die Ansicht der polnischen und lettischen Delegierten, die Essen dagegen betrachten die Konferenz als völlig mißlungen. Sie habe nur einige wirtschaftliche Abschlüsse zuzugewandt. Die Essen gehen davon aus, daß sie sich baldig zurückziehen werden, um mit den Bolschewiken Frieden zu schließen. Auch die Finnen zogen sich in anbetracht ihrer Feindschaft mit den Polen zurück.

Hinrichtung der Jarenmörder.
Amsterdam, 26. Jan. (WB.) Das in Chicago erscheinende Blatt „Der Kommunist“ bringt einen Bericht der Moskauer „Pravda“, daß die russischen Jarenmörder, im Ganzen 14 Personen, wegen des Mordes an der Jarenfamilie und der Beraubung der Leichen, hingerichtet worden sind.

Millierand und Poincare reisen nach Belgien.
Paris, 27. Jan. (WB.) Ministerpräsident Millierand, der gestern vormittag von seiner Reise nach Strassburg zurückgekehrt ist, wird am Mittwoch den ehemaligen Präsidenten der Republik Poincare auf einer Reise nach Belgien begleiten, aber schon am Mittwochabend nach Paris zurückkehren.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts Millierand.
Paris, 26. Jan. (Havas.) Es scheint, daß die Anfragen über die Politik des Kabinetts, die heute Dienstag behandelt werden sollen, auf Freitag verschoben und diejenigen über die auswärtige Politik angehängt werden. Ebenfalls macht es den Eindruck, daß bis zum 17. Februar, dem Tage, wo das Ministerium dem neuen Präsidenten verfassungsmäßig die Demission angeboten hat, nichts gegen das Kabinett unternommen werden wird.

Lohnhöhung der Bergarbeiter.
Bochum, 26. Jan. (WB.) Auf der Generalkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes wurde über die Zugeständnisse bei den Tarifverhandlungen u. a. mitgeteilt: Der Grundlohn der unterirdisch beschäftigten Arbeiter wird um 3 Mark und der Gedinglohn um 5 Mark erhöht werden. Die Abergulagen erfahren eine Erhöhung von 20 Pfennig auf 1 Mark. Eine Lohnzulage von 1 Mark erhalten die Zeichenarbeiter. Der Mindestlohn für Hauer beträgt über 40 Mark.

Bericht über Artikel am Reichs-Justizwesen.
München, 27. Jan. (Eig. Drahtber.) Eine Versammlung der hervorragenden Richter und Anwälte Bayerns, die auf Veranlassung und unter Vorsitz des bayerischen Justizministers stattfand, übte scharfe Kritik an den Reichsjustizverordnungen über die Gerichtsverfassung und den Rechtsanwalts in Strafsachen. Der Justizminister selbst sprach zum Schluss den dringenden Wunsch aus, die Verhandlungen möchten dazu führen, daß diese Verordnungen vorläufig am besten zurückgelassen, am nach der Annahme des Reichstages verbessert und besser vorbereitet wieder vorgelegt zu werden. Es müße aber verlangt werden, daß die besten Sachverständigen und Richter, Rechtslehrer und Anwälte gehört werden.

Die Entente-Kommission in München.
München, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Entente-Kommission für München traf gestern vormittag scharfprächtig auf dem Hauptbahnhof ein. Sie besteht aus 40 Offizieren und 60 Mannschaften, die der englischen, französischen und italienischen Armee angehören. Die Kommission hat einen rein militärischen Charakter. Sie wird die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages überwachen. Die Begrüßung am Hauptbahnhof durch zwei bayerische Offiziere war sehr kurz und fortlief.

X Karlsruhe, 26. Jan. In der Zustandsbewegung der Gewerkschaften ist eine Wendung nicht eingetreten. Der größte Teil der Kohlen- und Restaurants ist wie üblich geöffnet; die Gäste müssen sich aber selbst bedienen. Am Sonntag nachmittag zogen die Streikenden vor die offenerhaltenen Wirtschaften, um ihre Schlichtung zu erzwingen, was ihnen aber nicht gelang.

Paris, 26. Jan. (Havas.) Die Völkshastertkonferenz ist heute unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten. Es wurde ein Plan über die Verteilung der zu zerstörenden deutschen Kriegsschiffe zur Kenntnis gebracht und angenommen.

Paris, 26. Jan. (WB.) Heute Morgen wurde die Konferenz der Verwaltungsverträge der internationalen Arbeitsorganisation eröffnet. Es ist dies die erste Tagung seit der Konferenz von Washington. Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren zugegen.

Letzte Handelsnachrichten

- Freier Berliner Effektenverkehr.
Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtber.) Am dritten Börsenruchtag waren in Berlin in dem Verkehr von Bureau zu Bureau wieder steigende Preise sowohl für Effekten wie für ausländische Zahlungsmittel zu verzeichnen. Der weiter katastrophale Rückgang des Markwertes zeigte geradezu phantastische Kurse, namentlich für Valutawerte. So wurden gemant Deutsche Uebersee 1000—1050, Sloman Salpeter 2700—2800, Süddeutsche Phosphat 1300—1400, ebenso Harpener 375, Kanada 1170, Bosnier 170. Von russischen Anleihen besonders 1902er 5% höher (60). Von fremden Zahlungsmitteln englische Pfundnoten etwa 310, Dollar 83.
- Basel, 26. Jan. (Eig. Drahtber.) Der Entwertungprozess der fremden Valuta, ausgenommen des holländischen Guldens, machte heute weiter beängstigende Fortschritte. Unter umfangreichen Abgaben hatten namentlich die Mark und der französische Franken zu leiden, die im Mittel Berlin 615 gegen 735, Paris 4475 gegen 4605 notierten. Ferner notierten London 19.945 gegen 20.16, Italien 3815 gegen 3825, Newyork Kabel 222 gegen 221, Holland 209.40 gegen 208.80.

Aus der Kaliindustrie.
Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtber.) Die Kaliwerke Aschersleben beantragen die Ausgabe von 2,5 Millionen vom 1. Januar ab dividendenberechtigter Vorzugsaktien. Die erste Einzahlung beträgt vorläufig 35%. Der Aufsichtsrat soll ermächtigt werden, in Verbindung mit dem Vorstand die Aktien an eine Gruppe von Großaktionären so zu begeben, daß einer Überfremdung der Gesellschaft vorgebeugt wird. Das Aktienkapital beträgt gegenwärtig 22,5 Mill. M.
Die Kaliwerksgesellschaft Glückauf in Sondershausen beruft nach Berlin eine außerordentliche Gewerkschaftsversammlung ein, welche den Betriebsvertrag mit den Kaliwerken Groditzsch von Sachau-Weimar genehmigen und gleichzeitig der Ausgabe von 300 neuen Kuxen zustimmen soll. Die Gewerkschaft wird dann über 2800 Kuxe verfügen.

Ein englischer Rohstoffkredit für Deutsch-Oesterreich.
Wien, 26. Jan. (Drahtber.) Nach dem neuen Achtuhr-Abendblatt verzieht in Abgeordnetenkreisen, daß es den Bemühungen des Staatssekretärs der Finanzen gelungen sei, bei der englischen Regierung die Bewilligung einer Anleihe von 1 Milliarde Kronen zur Rohstoffversorgung für die österreichische Industrie durchzusetzen.
Geschleierter Beteiligungsverhandlungen.
Wien, 26. Jan. (Drahtber.) Wie die Wiener „Allgem. Zeitung“ erfährt, sind die Verhandlungen, die seitens der Kruppwerke seit längerer Zeit mit einem ausländischen Konsortium wegen des Verkaufs von 300000 Aktien geführt wurden, wegen unüberwindlichen Schwierigkeiten abgebrochen worden.

